

Correspondent.

Bezugspreis Vierteljährlich: Bei Abholung von den Verlagsgeschäften 1 Mk., monatlich 35 Pf.; durch die Postträger und die Post bezogen 1,00 Mk., durch den Postboten und Quitt. 1,02 Mk. Einzelnummer 5 Pf.

Bestellen wöchentlich 8 mal vormittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage und des Sonn- u. Festtagen; in den Verlagsgeschäften am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
• seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
• seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einf. Zeitspalt oder deren Raum f. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleinere Anzeigen 25 Pf. Bestehen von Heft 80 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Einzelverkäufern entgegengenommen.

— Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. —
Für unbenutzte Einblendungen wird keine Gebühr übernommen.

Nr. 135.

Mittwoch den 12. Juni 1907.

33. Jahrg.

Vergessene Beamte.

•• Zu den Stiefkindern des Schicksals oder vielmehr der Gesellschaftsordnung gehören diejenigen Arbeitnehmer, die im Reichs- oder Staatsdienst die Stellung von Beamten ausfüllen, aber keinen Beamtencharakter haben, sondern auf privaten Dienstvertrag hin angeheilt sind. Handelt es sich um staatsbürgerliche Freiheiten, so sollen sie alle Befreiungen und Rücksichten des öffentlichen Beamten gegen sich gelten lassen. Handelt es sich aber um Befreiungen für Beamte, so werden sie nicht berücksichtigt. Das hat sich leider wieder gezeigt bei der Gewährung von Feuerzuzulagen an untere und mittlere Reichsbeamte. Budgetkommission und Reichstag hatten einen Antrag Dr. Wiemer und Gen. angenommen, die Verbands-Regierungen zu ersuchen, bis zur 3. Befreiung des Eisatz ihr Einverständnis damit auszusprechen, daß „den Unterbeamten“ je 100 Mark sowie „den übrigen Beamten“ (bis 4200 Mk. Gehalt) je 150 Mk. gewährt würden. Da die Auslegung des Begriffs „die Beamten“ zweifelhaft sein konnte, wies der Abg. Dr. Potthoff in der zweiten Staatsberatung ausdrücklich auf die Privatbeamten im Reichsdienst und betonte die Notwendigkeit, diese mit zu bedenken, wenn den Beamten Feuerzuzulagen und den Arbeitern Lohnzulagen gewährt würden. Eine Antwort von Regierungssicht erfolgte nicht. Dagegen stellte Dr. Potthoff durch eine Befragung der Antragsteller fest, daß der Antrag Dr. Wiemer diese Angehörigen nicht ausschließen wollte.

Im Mai kam dann der 4. Nachtragsetat und forderte 23 Millionen zur Gewährung von Weibissen „an alle einkommensmäßig und bürgerlich beschäftigten Unterbeamten“ und mittleren Beamten bis zu 4200 Mark Gehalt. Kommission und Reichstag nahmen den Nachtrag unverändert an. In der Hast der letzten Tage übersah man, daß der Wortlaut des Dispositivs nicht den Absichten der früheren Resolution entsprach. Ein kurzes Zwiesgespräch zwischen dem Abg. Pausl und dem Vertreter des Kriegsministeriums bei der dritten Lesung blieb ziemlich unbedeutend.

Deutungs sind die verträglich angestellten Beamten des Reiches in großer Sorge, daß sie die Feuerzuzulage nicht bekommen, obgleich sie sie noch nötiger brauchen als die einkommensmäßigen Beamten. Nach dem Wortlaut des Nachtragsetats scheint es sicher, daß sie leer ausgehen. Ebenso sicher ist aber, daß das den Wünschen des Reichstages durchaus nicht entspricht. Das „Vergessen“ dieser an sich schon hinfällig-mütterlich behandelten Beamtengruppe würde eine höchst unglückliche Wirkung ausüben müssen. Nach wenn der Herr Reichschatzsekretär glaubt, daß durch den Wortlaut des Nachtragsetats die verträglich angestellten Beamten nicht unbedingt eingeschlossen sind, so kann er ruhig auch diese bedenken, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß der Reichstag eine solche Staatsüberschreitung einstimmig genehmigen wird.

Leider ist bei der Regelung der gleichen Angelegenheit im preussischen Abgeordnetenhaus dieselbe Fehler gemacht worden. Hoffentlich hat aber die Regierung ein Einsehen und läßt die Privatbeamten, namentlich die der Eisenbahn, das Versehen des Abgeordnetenhauses nicht entgehen.

Aus Rußland.

Das Schicksal der Duma ist immer noch nicht entschieden. Sie tagt ruhig weiter, ohne indessen positive Arbeit zu leisten.

Der Zar hat den Beschluß des Ministerrats betreffend Erteilung einer Koncession zum Bau einer Eisenbahn von der Station Kanak in Sibirien bis zur Verbringstraße mit dem Bau eines unterirdischen Tunnels nach Amerika genehmigt.

Ueber Untaten von Terroristen liegen wieder einige Mitteilungen vor. In einem Bortort von Petersburg griffen am Sonnabend fünf bewaffnete Unbekannte einen Beamten der Fabrik von Arthur

Koppel an und raubten ihm 6800 Rubel. — Sonnabend nachmittag 1 Uhr wurde auf dem Kamenn-Drowski-Prospekt der Kassierer einer electrischen Fabrik von zwei mit Revolvern und Dolchen bewaffneten Personen angefallen. Sie verletzten dem Kassierer drei Dolchwunden und raubten ihm seine Geldtasche mit über 5000 Rubeln, die zur Auszahlung der Löhne von Arbeitern bestimmt waren. Die Täter wurden jedoch von einem Polizeibeamten unter Beistand des Publikums verhaftet.

Enthüllungen über die Regierungspolitik unter Plehwe bringt ein in Moskau erschienenem Memoirenwerk des ehemaligen Gouverneurs von Bessarabien und nachmaligen Gehilfen des Ministers des Innern, des Abgeordneten der ersten Reichsduma Zinchen Ussow. Das Buch erregt gewaltiges Aufsehen. Es enthält sensationelle Enthüllungen über die Regierungspolitik unter Plehwe, insbesondere über seine Rolle bei der Veranstaltung des Pogroms von Kischinew.

In Czernochau wurden Montag nach privater Meldung 12 Soldaten und 4 Private, Mitglieder einer revolutionären Militärorganisation, verhaftet.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Aus Anlaß seines Krönungsjubelums empfangt Kaiser Franz Josef in Budapest die Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses und des Magnatenhauses und eine Deputation der Stadt Budapest, welche letztere eine Subigungsadresse überreichte. Die Präsidenten des Abgeordnetenhauses und des Magnatenhauses hielten Ansprachen, welche der König halbvoll beantwortete.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt zur Feier des vierzigsten Jahrestages der Krönung einen sehr sympathisch gehaltenen Artikel, in dem sie den Kaiser als Vorbild treuer Pflichterfüllung vor den Völkern Oesterreich-Ungarns und der ganzen Welt hinstellt, der von dem unablässigen Wunsche befeuert sei, die Wohlfahrt der von der Vorherrschaft seiner Führung anvertrauten Völker zu fördern und die Wahrung der Selbstbestimmung der Gesamtionarchie zu erhalten und zu festigen. — Natürlich fehlt es in Ungarn auch nicht an Stimmen der Opposition. So versammelten sich am Sonnabend in Budapest mehrere Abgeordnete der Unabhängigkeitspartei in einer nahen Vorstadt, um gegen die Jubiläumfeier Einspruch zu erheben. Bei dem Worte wurden Trinksprüche auf die vollständige Unabhängigkeit und Selbständigkeit Ungarns ausgebracht. — Im ungarischen Abgeordnetenhaus sprach am Montag der Abg. Maniu über die Verlegung der Immunität des Abg. Wajda in der letzten Sitzung und fragte den Präsidenten, ob er Vorkerkungen treffen wolle, damit Wajda unbehindert im Hause erscheinen könne. Präsident Juhász erklärte, die Anmeldeung der Immunitätsverletzung werde dem Immunitäts-Ausschuß behufs Verhandlung zugewiesen werden. Abg. Wajda sei berechtigt, im Abgeordnetenhaus zu erscheinen, solange er Abgeordneter sei; der Präsident habe aber keine Macht, ihn mit Waffengewalt zu schützen.

Frankreich. Zu Ehren des diplomatischen Korps gab Finanzminister Caillaux Sonnabend ein Diner, dem auch Fürst und Fürstin Radolin bewohnten. An das Diner schloß sich ein Empfang des diplomatischen Korps und der Mitglieder des Parlaments. — In Tourcoing veranlaßten nach einer Meldung aus Paris am Sonntag 2000 Katholiken vor der Kirche eine Kundgebung, um gegen das von dem sozialistischen Bürgermeister gegen die Abhaltung von Prozessionen erlassene Verbot zu protestieren. Die Genannten trieben die Menge auseinander. Mehrere Personen wurden verwundet, 25 verhaftet, unter diesen ein Geistlicher. — Auf die Ursache der Krise im Weinbau kam man Montag auch in der französischen Deputiertenkammer zu sprechen, gelegentlich der Beratung eines Gesetzentwurfs, welcher das Zulassen von Wasser zum

Weine sowie das übermäßige Verzehren verhindern will, und sodann bei dem Bericht der Kommission zur Untersuchung des Weinbaues. Camuzet (sozialistischer Republikaner), Deputierter aus Burgund, tritt gegen Deklaration der Ernte als etwas Vergebliches und Unnützes auf, da die Ursache der Weinbaukrise nicht in Betrügereien, sondern in der übermäßigen Produktion und der Konkurrenz der Kunstweine liege. Blüchon, Abgeordneter des Departements du Nord, bekämpft die Einführung einer zu hohen Zuckerversteuerung, indem er ausführt, es sei unnützig, eine ganze Industrie, die gerade selbst eine Krise durchmache, zu belasten unter dem Vorwand, den bunterden Teil der Zuckerproduktion, der den Zucker zum Verzehren der Weine liefert, überwachen zu wollen. Blüchon betont die Tatsache, daß die Brüßler Konferenz durch Befestigung aller Zuckerpatrien die französisch-amerikanischen Zuckerprieten gegenüber den deutschen benachteiligt habe. Alby-Marbonne (radikaler Sozialist) verteidigt die Weinbauer des Südens und weist die Behauptungen der Vorkredner zurück.

England. Zum Besuch des dänischen Königspaars in England. Im Buckinghampalast fand am Sonnabend zu Ehren des dänischen Königspaars ein Festmahl statt, an welchem unter anderem der Großherzog von Oldenburg, die Reichsminister teilnahmen. Bei der Tafel brachte König Eduard einen Trinkspruch auf die Gesundheit des Königs und der Königin von Dänemark aus und verabschiedete sie des herzlichsten Willkommen. Sie wären seine Fremden an den britischen Küsten. König Eduard erinnerte sodann an den freundschaftlichen Empfang, den er bei seinen verschiedenen Besuchen in Dänemark gefunden habe. Der König von Dänemark dankte für den herzlichen und glänzenden Empfang und fügte hinzu, die Worte des Königs Eduard würden in Dänemark hoch aufgenommen werden. Er benutze die Gelegenheit, dem König seinen warmen Dank auszusprechen für die hohe Auszeichnung, welche ihm mit der Ernennung zum Ehrenoberst eines der berühmtesten Regimenter der britischen Armee zu teil geworden sei, des Regiments, mit welchem schon einer seiner Vorfahren verbunden gewesen wäre, und welches so tapfer Schulter an Schulter mit seinem Volke bei Albenheim gefochten habe. — Der Großherzog von Oldenburg, welcher von dem Herzog von Connaught begleitet war, war Sonnabend vormittag von König Eduard empfangen worden. Register machte sodann dem Großherzog einen Gegenbesuch in dem Schloß des Herzogs von Connaught Clarence House. — Ueber die diesjährigen englischen Manöver hat das englische Kriegsamt dieser Tage eine Mitteilung veröffentlicht, aus der mit folgendem entnehmen: Zu den unter der Leitung des Generalstabes stehenden aufzuführenden Manövern gehören kombinierte Übungen der Kavallerie und der Reichs-Dromedare, die in der Zeit vom 15. bis zum 30. Juni in Schottland stattfinden sollen. Die Dromedare soll hierdurch mehr Gelegenheit zu praktischer Ausbildung erhalten, als wenn sie getrennt von anderen Truppen ausgebildet wird. Der Chef des Generalstabs hat seit längerer Zeit die Notwendigkeit erkannt, Belagerungsoperationen vorzunehmen, und die im ostasiatischen Kriege gewonnenen Erfahrungen haben die Nützlichkeit derartiger Übungen dargelegt. Es sollen deshalb im Juli und August Manöver in der Umgegend von Chatam stattfinden, und zum Schluß soll ein Frontangriff gegen eine moderne Festung durchgeführt werden. — Im englischen Kabinett sind die Befürworter der Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekrieg, an ihrer Spitze der Lordkanzler, definitiv unterlegen. England wird in der Haager Konferenz auf Befehaltung der bisherigen Praxis bestehen, trotzdem die ganze liberale Presse für eine Reform eintrat und nachwies, daß England andernfalls für eine enorme Seerüberlegenheit nicht rein defensiven Charakter beanspruchen könne. Die Ansicht der Marinekreise hat

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Postämtern 1 Mk., monatlich 85 Pf.; durch die Ausleger und die Post bezogen 1,20 Mk., durch den Postboten ins Haus 1,25 Mk. Einzelnummer 5 Pf.
Gesamt wöchentlich 8 mal vormittags halb 9 Uhr, mit Ausnahme der Tage und des Sonn- u. Festtagen; in den Abgabestellen um Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
4 seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4 seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeitspaltel oder deren Raum f. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleinste Anzeigen 25 Pf. Resten von 20 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Einzeligen werden von unserer Geschäftsstelle sämtliche Anzeigenspaltel entgegenommen.
Nachdruck anderer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.
Für unerlangte Einlieferungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 135.

Mittwoch den 12. Juni 1907.

33. Jahrg.

Bergeffene Beamte.

Zu den Stiefkindern des Schicksals oder vielmehr der Gesellschaftsordnung gehören diejenigen Arbeitnehmer, die im Reichs- oder Staatsdienst die Stellung von Beamten ausfüllen, aber keinen Beamtencharakter haben, sondern auf privaten Dienstvertrag hin angestellt sind. Handelst es sich um staatsbürgerliche Freiheiten, so sollen sie alle Beschränkungen und Rücksichten des öffentlichen Beamten gegen sich gelten lassen. Handelst es sich aber um Vergünstigungen für Beamte, so werden sie nicht mitehrächtigt. Das hat sich leider wieder gezeigt bei der Gewährung von Teuerungszulagen an untere und mittlere Reichsbeamte. Budgetkommission und Reichstag hatten einen Antrag Dr. Wiemer und Gen. angenommen, die Verbands-Regierungen zu ersuchen, bis zur 3. Lesung des Etats ihr Einverständnis damit auszusprechen, daß „den Unterbeamten“ je 100 Mark sowie „den übrigen Beamten“ (bis 4200 Mk. Gehalt) je 150 Mk. gewährt würden. Da die Auslegung des Begriffes „die Beamten“ zweifelhaft sein konnte, wies der Abg. Dr. Potthoff in der zweiten Etatsberatung ausdrücklich auf die Privatbeamten im Reichsdienst und behauptete die Notwendigkeit, diese mit zu bedenken, wenn den Beamten Teuerungszulagen und den Arbeitern Lohnzulagen gewährt würden. Eine Antwort vom Regierungssitz erfolgte nicht. Dagegen stellte Dr. Potthoff durch eine Verfragung der Antragsteller fest, daß der Antrag Dr. Wiemer diese Angestellten nicht ausschließen wollte.

Im Mai kam dann der 4. Nachtragsetat und forderte 23 Millionen zur Gewährung von Beihilfen „an alle einkommensmäßig und diätarisch beschäftigten Unterbeamten“ und mittleren Beamten bis zu 4200 Mark Gehalt. Kommission und Reichstag nahmen den Nachtrag unverändert an. In der Hast der letzten Tage überrascht man, daß der Wortlaut des Dispositivs nicht den Absichten der früheren Resolution entsprach. Ein kurzes Zweiggespräch zwischen dem Abg. Baull und dem Vertreter des Kriegsministeriums bei der dritten Lesung blieb ziemlich unbeachtet.

Deswegen sind die verträglich angestellten Beamten des Reiches in großer Sorge, daß sie die Teuerungszulage nicht bekommen, obgleich sie sie noch nötiger brauchen als die einkommensmäßigen Beamten. Nach dem Wortlaut des Nachtragsetats scheint es sicher, daß sie leer ausgehen. Ebenso sicher ist aber, daß das den Wünschen des Reichstages durchaus nicht entspricht. Das Resultat dieser an sich schon nicht unangelegentlich berührten Angelegenheit ist aber, daß die Beamten, die nicht in den Genuss der Zulagen kommen, sich nicht überlegen lassen, sondern sich für die Zulage einsetzen werden. Die Beamten, die in den Genuss der Zulagen kommen, werden sich für die Zulage einsetzen lassen.

Die Beamten, die in den Genuss der Zulagen kommen, werden sich für die Zulage einsetzen lassen. Die Beamten, die nicht in den Genuss der Zulagen kommen, werden sich für die Zulage einsetzen lassen.

Koppel an und raubten ihm 6800 Rubel. — Sonnabend nachmittag 1 Uhr wurde auf dem Kammeno-Direktions-Brospekt der Kaffierer einer elstischen Fabrik von zwei mit Revolvern und Dolchen bewaffneten Personen angefallen. Sie verriegelten dem Kaffierer drei Dolchstiche und raubten ihm seine Geldtasche mit über 5000 Rubeln, die zur Auszahlung der Löhne von Arbeitern bestimmt waren. Die Täter wurden jedoch von einem Polizeibeamten unter Beihilfe des Publikums verhaftet.

Enthaltungen über die Regierungspolitik unter Plehwe bringt ein in Moskau erschienenen Memoirenwerk des ehemaligen Gouverneurs von Bessarabien und nachmaligen Gehilfen des Ministers des Innern, des Abgeordneten der ersten Reichsдума Fürsten Urussov. Das Buch erregt gewaltiges Aufsehen. Es enthält sensationelle Enthaltungen über die Regierungspolitik unter Plehwe, insbesondere über seine Rolle bei der Veranlassung des Pogroms von Kischinew.

In Czernokow wurden Montag nach privater Meldung 12 Soldaten und 4 Private, Mitglieder einer revolutionären Militärorganisation, verhaftet.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Aus Anlaß seines Krönungsjubiläums empfing Kaiser Franz Josef in Budapest die Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses und des Magnatenhauses und eine Deputation der Stadt Budapest, welche letztere eine Huldigungsadresse überreichte. Die Präsidenten des Abgeordnetenhauses und des Magnatenhauses hielten Ansprachen, welche der König halbvoll beantwortete. — Die „Nordb. Allg. Ztg.“ bringt zur Feier des vierzigsten Jahrestages der Krönung einen sehr sympathisch gehaltenen Artikel, in dem sie den Kaiser als Vorbild treuer Pflichterfüllung vor den Völkern Oesterreich-Ungarns und der ganzen Welt hinhält, der von dem unablässigen Wunsche besetzt sei, die Wohlfahrt der von der Vorführung seiner Führung anvertrauten Völker zu fördern und die Wächterstellung der Habsburgischen Erbmonarchie zu erhalten und zu schützen. — Natürlich setzt es in Ungarn auch nicht an Stimmen der Opposition. So versammelten sich am Sonnabend in Budapest mehrere Abgeordnete der Unabhängigkeitspartei in einer nahen Dorfgemeinde, um gegen die Jubiläumsfeier Einspruch zu erheben. Bei dem Mable wurden Trinksprüche auf die vollständige Unabhängigkeit und Selbständigkeit Ungarns ausgebracht. — Im ungarischen Abgeordnetenhause sprach am Montag der Abg. Maniu über die Verlegung der Immunität des Abg. Bajdas in der letzten Sitzung und fragte den Präsidenten, ob er Vorkerkungen treffen wolle, damit Bajda unbehindert im Hause erscheinen könne. Präsident Jusch erklärte, die Anmeldung der Immunitätsverletzung werde dem Immunitäts-Ausschuß behufs Verhandlung zugewiesen werden. Abg. Bajda sei berechtigt, im Abgeordnetenhause zu erscheinen, solange er Abgeordneter sei; der Präsident habe aber keine Macht, ihn mit Waffengewalt zu schützen.

Frankreich. Zu Ehren des diplomatischen Korps gab Finanzminister Caillaux Sonnabend ein Diner, dem auch Fürst und Fürstin Radolin bewohnten. An das Diner schloß sich ein Empfang des diplomatischen Korps und der Mitglieder des Parlaments. — In Tourcoing veranstalteten nach einer Meldung aus Paris am Sonntag 2000 Katholiken vor der Kirche eine Kundgebung, um gegen das von dem sozialistischen Bürgermeier gegen die Abhaltung von Prozessionen erlassene Verbot zu protestieren. Die Gendarmen trieben die Menge auseinander. Mehrere Personen wurden verwundet, 25 verhaftet, unter diesen ein Geistlicher. — Auf die Ursache der Krise im Weinbau kam man Montag auch in der französischen Deputiertenkammer zu sprechen, gelegentlich der Beratung eines Gesetzesentwurfs, welcher das Zulassen von Wasser zum

Weine sowie das übermäßige Verzuckern verhüten will, und sodann bei dem Bericht der Kommission zur Untersuchung des Weinbaues. Camuzet (sozialistischer Republikaner), Deputierter aus Burgund, tritt gegen Deklaration der Ernte als etwas Vorgesprochenes und Unnützes auf, da die Ursache der Weinbaukrise nicht in Betrügereien, sondern in der übermäßigen Produktion und der Konkurrenz der Kunstweine liegt. Michon, Abgeordneter des Departements du Nord, bekämpft die Einführung einer zu hohen Zuckerversteuer, indem er ausführt, es sei unfinnig, eine ganze Industrie, die gerade jetzt eine Krise durchzumachen, zu belasten unter dem Vorwande, den lundersten Teil der Zuckerproduktion, der den Zucker zum Verzuckern der Weine liefert, überwachen zu wollen. Michon betont die Tatsache, daß die Brüsseler Konferenz durch Befreiung aller Zuckereportitäten die französischen Zuckerproduzenten gegenüber den deutschen benachteiligt habe. Ady-Nardonne (radikaler Sozialist) verteidigt die Weinbauern des Südens und weist die Behauptungen der Vorkredner zurück.

England. Zum Besuch des dänischen Königs paars in England. Im Buckinghampalast fand am Sonnabend zu Ehren des dänischen Königs paars ein Festmahl statt, an welchem unter anderen der Großherzog von Oldenburg, die Botschafter Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Russlands sowie andere Vertreter des diplomatischen Korps und mehrere Minister teilnahmen. Bei der Tafel brachte König Eduard einen Trinkspruch auf die Gesundheit des Königs und der Königin von Dänemark aus und versicherte sie des herzlichsten Willkommen. Sie waren keine Fremden an den britischen Küsten. König Eduard erinnerte sodann an den freundlichen Empfang, den er bei seinen verschiedenen Besuchen in Dänemark gefunden habe. Der König von Dänemark dankte für den herzlichen und glänzenden Empfang und fügte hinzu, die Worte des Königs Eduard würden in Dänemark hoch aufgenommen werden. Er benutze die Gelegenheit, dem König seinen wärmsten Dank auszusprechen für die hohe Auszeichnung, welche ihm mit der Ernennung zum Ehrenoberst eines der berühmtesten Regimenter der britischen Armee zu teil geworden sei, des Regiments, mit welchem schon einer seiner Vorfahren verbunden gewesen wäre, und welches so tapfer Schulter an Schulter mit seinem Volke bei Albenheim gefochten habe. — Der Großherzog von Oldenburg, welcher von dem Herzog von Connaught begleitet war, nach Sonnabend vormittag von König Eduard empfangen worden. Regiererg machte sodann dem Großherzog einen Gegenbesuch in dem Schlosse des Herzogs von Connaught Clarence House. — Ueber die diesjährigen englischen Manöver hat das englische Kriegsamt dieser Tage eine Mitteilung veröffentlicht, aus der wir folgendes entnehmen: Zu den unter der Leitung des Generalstabes auszuführenden Manövern gehören kombinierte Übungen der Kavallerie und der Reichs-Neomanie, die in der Zeit vom 15. bis zum 30. Juni in Schottland stattfinden sollen. Die Neomanie soll hierdurch mehr Gelegenheit zu praktischer Ausbildung erhalten, als wenn sie getrennt von anderen Truppen ausgebildet wird. Der Chef des Generalstabs hat seit längerer Zeit die Notwendigkeit erkannt, Belagerungsoperationen vorzunehmen, und die im ostasiatischen Kriege gewonnenen Erfahrungen haben die Möglichkeit derartiger Übungen dargeboten. Es sollen deshalb im Juli und August Manöver in der Umgegend von Chatham stattfinden, und zum Schluß soll ein Frontangriff gegen eine moderne Festung dargestellt werden. — Im englischen Kabinett sind die Befürworter der Unverletzlichkeit des Privatigentums im Seekrieg, an ihrer Spitze der Vorkanzler, definitiv unterlegen. England wird in der Haager Konferenz auf Beibehaltung der bisherigen Praxis bestehen, trotzdem die ganze liberale Presse für eine Reform eintritt und nachweist, daß England andernfalls für seine enorme Seekriegsflotte nicht rein defensiven Charakter beanspruchen könne. Die Ansicht der Marinekreise hat

